Zeitschrift: Gewerkschaftliche Rundschau für die Schweiz : Monatsschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes

Herausgeber: Schweizerischer Gewerkschaftsbund

Band: 38 (1946)

Heft: 10

Artikel: Wiederaufbau der deutschen Gewerkschaften

Autor: Tarnow, Fritz

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-353259

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 14.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

werden. Wäre dem nicht so, so würde es in diesem edlen Wettbewerb um die Aussichten des westlichen demokratischen Ideals sehr schlecht bestellt sein! Wir würden dann sozusagen nur noch von « demokratischen Küstenstrichen » zwischen der Ostsee und dem Mittelmeer sprechen können. Churchill hat an sich durchaus recht, wenn er im Sinne der im ersten Kapitel aufgezeigten Konzeption Huizingas sagt, dass es « ohne ein geistig grosses Frankreich und ein geistig grosses Deutschland kein Wiederaufleben Europas gebe ». Dies war vor dem Kriege auch die anerkannte und ausgesprochene Meinung der organisierten Arbeiterschaft seit Jahrzehnten. Jene, die das nicht wahr haben wollen, haben das Recht verwirkt, das Wort Europa in den Mund zu nehmen. Diese Leute sind die eigentlichen Pessimisten. Ihre Gegnerschaft gegen Deutschland und der Verdacht, den sie gegen jeden ausstreuen, der von Europa noch retten will, was noch zu retten ist, beweisen, dass gerade sie im Grunde genommen Europa bereits aufgegeben haben. Verlieren wir unsere Zeit nicht damit, abwechslungsweise mit Kriegs- und Friedensgerüchten Nervenkrieg zu spielen, spannen wir nicht abwechslungsweise Stalin und die Russen oder Byrnes und Wallace — beides gute Amerikaner und keine Sozialisten! — vor unsern Wagen, sondern ziehen wir ihn unter Berücksichtigung aller guten Ratschläge von nah und fern vor allem selber! Dann dürfen wir uns auch unter der Zubilligung, dass wir es in bester Absicht tun, zu Europa bekennen oder zu dem, was noch davon übrig geblieben ist.

Wiederaufbau der deutschen Gewerkschaften

Von Fritz Tarnow.

Das traurige Schicksal der Weimarer Republik und damit das Aufkommen der Nazi ist in hohem Masse mit bedingt gewesen durch das falsche Verhalten der Siegermächte des ersten Weltkrieges: Man hat damals von allem Anfang an zu wenig die fortschrittlichen und sozial aufgeschlossenen Kräfte der Arbeiterschaft eingespannt und gefördert. Man hat sich bis zum zweiten Weltkrieg viel mehr auf jene kapitalistischen und reaktionären Kreise verlassen und auf sie abgestellt, die dann unter allerlei Namen und zuletzt unter dem Namen der Nazi zu den Totengräbern des deutschen Volkes geworden sind.

Wird es diesmal anders sein? Auch diesmal wird die Lösung des « deutschen Problems », ohne das es keine Lösung des europäischen Problems gibt, davon abhängen, ob sich die Besetzungsmächte auf die Kräfte der Werktätigen stützen und sie fördern, denn sie allein können eine Garantie dafür sein, dass Deutschland, das man nicht aus der Landkarte ausradieren kann, ohne Gefahr in den europäischen und den Weltwirtschaftsraum eingegliedert wird.

Bereits sind grobe Fehler gemacht worden, die sich eines Tages in tragischer Weise auswirken werden. Es wird an jenem Tage sein, wo die Sieger feststellen müssen, dass man ein Land nicht gleichzeitig auf die Dauer besetzen und niederhalten kann, ohne sich dabei selber zu ruinieren: finanziell, wirtschaftlich und moralisch. Es wird dann plötzlich an jenen Kräften fehlen, die man aus politischem und sozialem Ressentiment sowie aus einem falsch verstandenen Sicherheitsbedürfnis heraus nicht im Lande selber hat aufkommen lassen! Diese Worte richten sich insbesondere an die Westmächte!

Was die UdSSR betrifft, so muss man, auch wenn ihre Methoden nicht die unsrigen sind, auf alle Fälle zugeben, dass sie, was heute nahezu ausschlaggebend ist, weiss, was sie will und dass sie eine klare, für alle ersichtliche Linie einhält, während auf seiten der westlichen Demokratien weiterhin jene Unsicherheit, jenes Schwanken und jenes Misstrauen gegenüber den sozial fortschrittlichen Kräften der Werktätigen herrschen, die schon nach dem ersten Weltkrieg ins Verderben führten.

Wenn später einmal die Verantwortungen für die nicht wieder gutzumachenden Fehler des «Starts» nach dem zweiten Weltkrieg untersucht werden, so wird der nachstehende Artikel zu den einschlägigen Kriterien gehören können. Er ist von einem der tüchtigsten deutschen Gewerkschafter der Zeit zwischen den zwei Weltkriegen im Laufe des vergangenen Sommers geschrieben worden. Inzwischen sind endlich erfreuliche Aenderungen eingetreten, die wir — auch im Zusammenhang mit dem Artikel «Verantwortungen gegenüber Deutschland» ausdrücklich feststellen wollen. Man hat von seiten der Westmächte, besonders was die britische Zone betrifft, endlich einen Anfang mit jener Einstellung gemacht, die von allem Anfang an hätte Geltung haben sollen und dann auch von grösserer Wirksamkeit gewesen wäre. Es ist nun zum Beispiel möglich, Drucksachen in die britische Zone zu senden. Es erscheinen die ersten umfangreichen Gewerkschaftsblätter. Das britische «Kontrollamt für Deutschland und Oesterreich» hat kürzlich sogar den Kontakt mit dem Schweizerischen Gewerkschaftsbund aufgenommen und uns u. a. gebeten, einschlägige Nummern der «Gewerkschaftlichen Rundschau» für die britische Zone zur Verfügung zu stellen. Solche Dokumentation kann für Deutschland, wo man wieder mit dem Abc solcher Dinge beginnen muss, von grösstem Nutzen sein. Dass die Dinge endlich im Fluss sind, zeigen zum Beispiel auch die Ausführungen des Leiters des britischen Ausschusses für Arbeitskräfte, der in einer Sitzung der Zonenexekutive und des Zonenausschusses deutscher Gewerkschaften in der britischen Zone erklärte, die britische Militärregierung halte den Augenblick für gekommen für eine freie Entwicklung der Gewerkschaften ohne weitere Eingriffe der Militärregierung. Die Militärregierung werde sich von nun an auf Ueberwachung und freundschaftliche Ratschläge beschränken. Ausserdem beabsichtige die Militärregierung, wichtige Aenderungen im Lohnniveau erst nach Fühlungnahme mit den Gewerkschaften eintreten zu lassen.

R.

Mit einem Gewaltstreich «übernahmen» am 2. Mai 1933 die Nazisten die deutschen Gewerkschaften. Bewaffnete SA-Banden überfielen die Gewerkschaftskontore, verschleppten die leitenden Funktionäre in «Schutzhaft» und setzten an ihre Plätze mitgebrachte Nazisten. Die Organisationen selbst aber wurden auf-

rechterhalten und zur «Deutschen Arbeitsfront» zusammengelegt. Die Mitglieder wurden unter Terror gezwungen, ihre Beiträge weiterzuzahlen.

Die illegale Gewerkschaftsbewegung, unter der Führung von Wilhelm Leuschner, hatte für den Fall des Hitlersturzes bestimmte Wiederaufbaupläne ausgearbeitet, nach denen die Arbeitsfront wieder zu Gewerkschaften zurückverwandelt werden sollte. Ein umgewendeter 2. Mai: Die Organisation mit allen technischen Einrichtungen sollte erhalten, und die nazistischen Funktionäre sollten durch zuverlässige Gewerkschafter ersetzt werden. Das war der kurze Weg des Wiederaufbaues. Der längere wäre gewesen, wieder ganz von vorn und von unten her eine neue deutsche Gewerkschaftsbewegung aufzubauen.

Dass man sich für den «kurzen Weg» entschieden hatte, beruhte nicht nur auf gewerkschaftlichen Ueberlegungen, auch wichtige politische Gründe sprachen dafür. Bei den Beratungen der antinazistischen Widerstandskräfte über die Gestaltung des neuen Deutschlands spielte die Gewerkschaftsfrage keine unbedeutende Rolle. Wenn nach dem Sturze Hitlers ein demokratisches Staatsregime ans Ruder kommen und sich halten sollte, darüber war man sich klar, musste es sich in erster Linie auf die Arbeiterschaft stützen können und auf eine organisierte Arbeiterbewegung. Das System politischer Parteien, auf dem normalerweise ein demokratisches Staatsregime beruht, war unter der Nazidiktatur restlos zerschlagen worden. Die politischen Parteien mussten erst wieder hergestellt werden und ihre Organisationen aufgebaut haben. Gerade in der ersten Zeit war es für das neue Regime lebenswichtig, sich auf eine organisierte Massenbewegung stützen zu können. So lenkte sich der Blick von selbst auf die Gewerkschaften.

Die Voraussetzung für den ganzen Plan war der Sturz des Naziregimes durch eine Erhebung des deutschen Volkes vor dem «bittern Ende». Diese Hoffnung ist nicht in Erfüllung gegangen, und damit war das Schicksal Deutschlands besiegelt. Der lang vorbereitete und gross angelegte Aufstandsversuch vom 20. Juli 1944 wurde niedergeschlagen, die Führer, darunter auch Wilhelm Leuschner, endeten am Galgen, und der Krieg rollte weiter bis zum vollständigen Zusammenbruch Deutschlands. Der Staat, die öffentliche Verwaltung, das Wirtschaftsleben, die soziale Ordnung, alles verfiel in chaotische Zustände. Was es an Organisation im deutschen Volke gab, löste sich auf oder wurde aufgelöst. Von den Siegermächten wurde dieser natürliche Desorganisationsprozess noch planmässig gefördert, aus militärischen und politischen Sicherheitsgründen, um etwaigen Widerstandsbewegungen den Boden zu entziehen.

Dass die Okkupationsmächte den Wiederaufbau politischer Organisationen nur zögernd zulassen würden, damit war zu rechnen gewesen. Mit mehr Wohlwollen, so hatte man geglaubt, würden sie dem Wiederaufbau der Gewerkschaften freien Spielraum geben. Die ersten Verordnungen der alliierten Militärregierung — sofort nach dem Ueberschreiten der deutschen Westgrenze, noch einige Monate vor der Kapitulation — schienen diese Annahme auch zu bestätigen. Im Erlass des Generals Eisenhower vom 15. Dezember 1945 wurde in bezug auf die Gewerkschaften bestimmt:

> « Die deutschen Arbeiter werden sich, sobald die Umstände es gestatten, zu demokratischen Gewerkschaften zusammenschliessen dürfen. Die Deutsche Arbeitsfront und andere Gliederungen der Naziorganisationen werden sofort aufgelöst. Alle Formen freier Wirtschaftsvereinigungen und Zusammenschlüsse der Arbeiter werden zugelassen, sofern sie nicht politische oder militärische Tendenzen haben oder annehmen. Die Wiederherstellung dieses Grundrechts der Vereinigungsfreiheit, die von den Nazis beseitigt wurde, wird den Arbeitern die Möglichkeit geben, mit den Arbeitgebern Kollektivverträge abzuschliessen. »

Nach erfolgter Okkupation stellte sich aber bald heraus, dass die Hoffnungen der deutschen Gewerkschafter auf Freiheit für den Wiederaufbau ihrer Organisationen verfrüht waren. Es blieb den lokalen Militärbehörden der Okkupationsmächte überlassen, die Gründung von Gewerkschaften zu gestatten oder zu verbieten. Es ist vorgekommen, dass örtliche Gewerkschaften wegen « politischer Tendenzen » aufgelöst wurden, weil sie beschlossen hatten, sich um die Organisation der Lebensmittelverteilung zu bekümmern oder weil sie daran gegangen waren, Strassenschilder mit den Namen berüchtigter Naziführer abzureissen und durch die früheren Strassennamen zu ersetzen. Nach den zentralen Anweisungen der alliierten Militärregierung waren zunächst Gewerkschaften nur in der Form örtlicher Vereinigungen zugelassen. Waren in einem Ort mehrere Branchengewerkschaften gegründet, so durften sie sich nicht zu einem Ortskartell zusammenschliessen, ebenso verboten waren gewerkschaftliche Verbindungen von einem Ort zum andern. Die erste Periode des Wiederaufbaues stand ganz unter dem Zwange zur Dezentralisation.

Im Juli 1945 erliess General Eisenhower eine Verordnung zur Wahl von Betriebsräten in den Betrieben. Ende November gab die alliierte Militärregierung an die Verwaltungsbehörden Richtlinien für den Aufbau der Gewerkschaften heraus, die erkennen liessen, dass die Wahl der Betriebsräte als die erste Stufe für den Aufbau der Gewerkschaften anzusehen war. Der Aufbau sollte stufenweise nach folgendem Schema erfolgen:

1. Stufe: Die Arbeiter und Angestellten wählen in den Betrieben aus ihren eigenen Reihen Betriebsräte.

2. Stufe: Die gewählten Betriebsräte jeder Industriegruppe eines Ortes dürfen zusammentreten und aus ihrer Mitte ein Komitee zur Vorbereitung einer lokalen Branchengewerkschaft wählen. Dieses Komitee kann schon Mitglieder für die zu gründende Gewerkschaft registrieren.

3. Stufe: Nach Beendigung der Vorarbeiten kann dem Komitee die Erlaubnis gegeben werden, eine Versammlung der registrierten Mitglieder einzuberufen, von der die definitive Gründung der lokalen Branchen-Gewerkschaft beschlossen werden kann und ein Vorstand zu wählen ist.

4. Stufe: Sind in einem Ort mehrere Branchenverbände gegründet, so kann ihnen erlaubt werden, ein lokales Gewerkschaftskartell zu bilden.

5. Stufe: Wenn in einem Bezirk mehrere Ortskartelle bestehen, kann ihnen die Zustimmung zur Bildung einer Bezirksorganisation erteilt werden.

6. Stufe: Den Bezirksorganisationen innerhalb einer Zone kann die Erlaubnis zur Vorbereitung eines Zonengewerkschaftsbundes erteilt werden.

7. Stufe: Wenn in allen Zonen Gewerkschaftsbünde errichtet sind, können sie an die alliierte Militärregierung den Antrag stellen, sich zu einem Gewerkschaftsbund für alle Zonen zusammenzuschliessen.

Der Uebergang von einer Stufe zur andern war nicht in das Belieben der Gewerkschaften gestellt, sondern bedurfte von Fall zu Fall der Genehmigung durch die zuständige Militärbehörde. Mit der reichhaltigen Stufenfolge wurde ein doppelter Zweck verfolgt: es sollte damit der langsame Aufbau «von unten her» erzwungen werden, und die Arbeiter sollten durch häufige Wiederholung von Wahlen und Abstimmungen mit den Spielregeln der Demokratie bekanntgemacht werden. Aus diesem Grunde wurde auch die Amtsdauer der gewählten Betriebsräte auf nur 3 Monate festgesetzt, statt wie früher auf ein Jahr.

Ob solche demokratischen Zwangsexerzitien und Abc-Uebungen bei erwachsenen Menschen einen pädagogischen Wert haben, mag dahingestellt bleiben. Für den Drang nach gewerkschaftlicher Organisation, der sich sofort beim Zusammenbruch der Nazidiktatur überall spontan bemerkbar machte, passte das pedantische Stufenschema wie eine Zwangsjacke für Menschen, denen eben erst die Ketten abgenom-

men worden sind. Mit der wirklichkeitsfremden Schreibtischkonstruktion des Schemas mussten notwendigerweise die natürlichen Wiederaufbaukräfte miteinander in Kollision geraten. Nichts war natürlicher, als dass sich sofort nach der Befreiung in jedem grösseren Ort und Industriebezirk ein zentrales Gewerkschaftskomitee bildete, in der Regel aus alten Gewerkschaftsfunktionären, die unter der Diktatur illegal die Verbindung untereinander aufrechterhalten und sich auf die Stunde der Befreiung vorbereitet hatten. Ebenso selbstverständlich war es, dass von den Hauptorten aus sofort versucht wurde, in der benachbarten Umgebung Organisationen zu errichten. Aber das war Initiative « von oben her », die streng verboten war. In den ersten Monaten gab es zahlreiche Verbote und Auflösungen, viele Reibungen, die zu Verbitterungen auf beiden Seiten führten.

Im Laufe der Zeit aber kam es doch in den meisten Orten zu einem stillschweigenden Kompromiss: Die Militärbehörden drückten ein Auge zu, wenn es nicht immer genau nach den Richtlinien ging, und die Gewerkschafter bemühten sich, wenigstens formal, den Vorschriften gerecht zu werden. Beispielsweise wurde in Hamburg, nachdem 12 örtliche Industrieverbände und eine Angestelltengewerkschaft gegründet worden waren, auch gleich die Errichtung eines Ortskartells beschlossen und für Gross-Hamburg ein zentraler Gewerkschaftsvorstand gewählt. Dagegen schritt die Militärbehörde mit einem Verbot ein. Als aber der gewählte Vorstand sich den Namen « Verwaltungsausschuss der freien Gewerkschaften Hamburgs » beilegte, wurde er von der Besatzungsmacht anerkannt, und er arbeitet nun im besten Einvernehmen mit ihr als die zentrale Repräsentation der Hamburger Gewerkschaften.

Wie unterschiedlich die Gewerkschaftsfrage von den örtlichen und bezirklichen Militärbehörden behandelt wurde, zeigt ein anderes Beispiel, nämlich Württemberg. Am 21. April 1945 zogen die französischen Truppen in die schwer zerbombte Hauptstadt Stuttgart ein. Unmittelbar darauf bildete sich ein Gewerkschaftskomitee, unter Führung von Markus Schleicher, bis 1933 zweiter Vorsitzender des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes. Am 27. April fand das Komitee Zutritt beim Oberkommandanten, wo es um die Erlaubnis nachsuchte, Gewerkschaften gründen zu dürfen. Das lehnte der Kommandant ab, gab aber dem Komitee Vollmacht, bei den Sozialversicherungs- und Arbeitsbehörden provisorisch die Stellen neu zu besetzen, die durch das Davonlaufen von Nazis frei geworden waren. Er erlaubte auch, unter Aufsicht der Militärbehörde, in den Betrieben die nazistischen Betriebsräte durch Antinazisten zu ersetzen. Aber das Verbot, Gewerkschaften zu gründen, hielt er aufrecht. Am 8. Mai rief der Kommandant das Gewerkschaftskomitee selbst zu sich und ersuchte es, beim Aufbau eines Arbeitsamts behilflich zu sein. Das Komitee schlug vor, sich für diesen Zweck erweitern zu dürfen und brachte erneut sein Anliegen nach Gründung von Ge-

werkschaften vor. Das letztere lehnte der Kommandant weiterhin ab, hatte aber nichts dagegen, dass das Komitee sich vergrössere und den Namen « Württembergischer Gewerkschaftsbund » annehme. Unter diesen Umständen wurde am 11. Mai der « Württembergische Gewerkschaftsbund » unter Hinzuziehung von Repräsentanten auch der früheren christlichen und Hirsch-Dunckerschen Gewerkschaften gegründet. Der merkwürdigste Gewerkschaftsbund, der je bestanden hat: nur mit einem Vorstand und ohne das Recht, Mitglieder aufnehmen zu dürfen. Eine groteske Persiflage der Richtlinie « von unten her ». Erst drei Monate später, nachdem die französische Besatzung durch die amerikanische abgelöst worden war, wurde die Bildung von lokalen Gewerkschaften und die Aufnahme von Mitgliedern gestattet.

Offenbar gehörte es zu der im voraus festgelegten Okkupationspolitik, den Wiederaufbau der Gewerkschaften zu verlangsamen, um die Bewegung besser unter Kontrolle halten zu können. Schlimmer noch als durch den Tempoverlust wurde der Aufbau erschwert durch den Wirrwarr an Organisationsformen, der durch die aufgezwungenen Startvorschriften entstehen musste. Ohne zentrale Direktive, ohne sich auch nur mit benachbarten Orten in Verbindung setzen zu können, entstanden die lokalen Gewerkschaften nach den zufälligen örtlichen Verhältnissen und Ideen der Initiativträger. Es entstanden Organisationen nach dem Industrieprinzip und solche nach dem Berufsprinzip, wobei die Abgrenzung der einzelnen Verbände ganz unterschiedlich war. In vielen Orten wurde auch nur eine einzige Gewerkschaft gemeinsam für alle Arbeiter und Angestellte gegründet. Glücklicherweise wurden aber nirgendwo Versuche gemacht, die frühere Trennung nach drei politisch-weltanschaulich getrennten Richtungen wieder aufleben zu lassen.

Die Einheitsverbandsform hat Anlass zu einem Intermezzo in der internationalen Gewerkschaftsbewegung gegeben. Im Herbst 1945 bereiste eine englische Gewerkschaftsdelegation die britische Zone, um sich über die gewerkschaftliche Wiederaufbauarbeit zu informieren. Ganz bestürzt waren die englischen Kameraden, als sie auf den Einheitsverband stiessen. Gemessen an der spezifisch lokalen Organisation der Gewerkschaften in England, wo die Gewerkschaftsbewegung weniger zentralisiert ist als in irgendeinem andern Lande, erschien den englischen Gewerkschaftern diese « Ueberzentralisation » als ein Phänomen, das sie sich nicht anders erklären konnten, als dass sogar in den Köpfen der wieder aktiven deutschen Gewerkschafter immer noch nazistische Totalitätsideen spukten. In ihre Heimat zurückgekehrt, richteten sie in freundschaftlich-kameradschaftlicher Form an die deutschen Arbeiter und Gewerkschafter einen dringenden Appell in diesem Sinne und empfahlen ihnen, sich für den Gewerkschaftsaufbau doch das englische Muster zum Vorbild zu nehmen!

Die wirklichen Gründe für das Entstehen der Einheitsverbände sind ganz woanders zu suchen. Solange das Wirtschaftsleben noch nicht wieder eine feste Struktur bekommen hat und noch niemand die zukünftige industrielle Struktur übersehen kann, hängt auch die Gliederung der Gewerkschaften ganz in der Luft. Da liegt es nahe, zunächst nur eine allgemeine Sammelgewerkschaft zu errichten und die Untergliederung einer späteren Zeit zu überlassen. Dazu kommt, dass die gewerkschaftliche Hauptaufgabe für die Verbände, die Regelung der Arbeitsverhältnisse und der Abschluss und die Ueberwachung von Tarifverträgen, vorläufig noch keine Bedeutung hat. Alle heute mögliche Gewerkschaftsarbeit muss sich auf Aufgaben allgemeiner Natur beschränken, für die auch normalerweise nicht der einzelne Verband, sondern die Landesorganisation zuständig ist. Schliesslich zwingt auch der grosse Mangel an Räumen, an Kontormaterial und an brauchbaren Funktionären zur grösstmöglichen Konzentration.

Die alten Gewerkschafter sind sich in der grossen Mehrzahl aber ganz klar darüber, dass der Einheitsverband nur eine provisorische Notlösung ist und dass man heute schon die Grundlagen der Gewerkschaftsbewegung so legen muss, dass sie die Uebergangszeit überdauern können. Sowohl in der englischen wie in der amerikanischen Zone ist man nach dem Stufenplan jetzt so weit gekommen, dass die Vorbereitungen für Zonengewerkschaftsbünde aufgenommen sind. Mit Zustimmung der Militärregierung wurden Zonen-Gewerkschaftskonferenzen abgehalten, im März für die englische Zone in Hannover und im April für die amerikanische Zone in Frankfurt am Main, wo Ausschüsse eingesetzt wurden, um innerhalb einer jeden Zone ein einheitliches Organisationsschema auszuarbeiten. Diese Aufgabe bereitet grosse Schwierigkeiten, weil versucht werden muss, auf gütlichem Wege zu einer Verständigung zu kommen, um endgültige Zersplitterungen zu vermeiden. Für jede Organisationsform finden sich Verteidiger, die dafür kämpfen, dass ihr System zum allgemein gültigen erhoben wird.

Voraussichtlich wird man sich in beiden Zonen auf die Industrieverbandsform verständigen, mit besonderen Berufsverbänden für kaufmännische Angestellte, Techniker und Kontorpersonal. Wenn ein solches Organisationsschema als Grundlage festgelegt wird, braucht das nicht auszuschliessen, dass mit Hinsicht auf die Einheitsverbandsform eine technische Kompromisslösung angenommen wird, wie sie im Württembergischen Gewerkschaftsbund und in vielen Orten in andern Bezirken besteht. Es handelt sich dabei um ein System mit einheitlichen Satzungen für alle angeschlossenen Verbände sowie Einheitsbeiträgen und zentraler Kassenführung durch den Bund, bzw. die Ortskartelle. Im übrigen sind die Einzelverbände selbständige Organisationen mit eigener Verwaltung. Im

Württembergischen Gewerkschaftsbund werden alle Beiträge der Mitglieder an die zentrale Bundeskasse bezahlt, die davon die Kosten für die Verwaltung der lokalen Verbände und Ortskartelle bestreitet und die Ueberschüsse in einem Fonds anlegt, der für die spätere Wiedereinführung von Unterstützungseinrichtungen bestimmt ist. Die Bundesleitung ist aber davon überzeugt, dass diese Regelung nicht von Dauer sein kann und dass die finanzielle Selbständigkeit der Verbände eingeführt werden muss, sobald sie in der Lage sind, Lohnbewegungen führen zu können oder auch, wenn die Unterstützungseinrichtungen in Kraft gesetzt werden.

Die aktiven und leitenden Gewerkschafter in diesen beiden Zonen sind fast durchweg ältere Funktionäre aus der früheren Gewerkschaftsbewegung. Die mittleren Jahresklassen sind zum grossen Teil noch in Kriegsgefangenschaft, und die jüngeren Jahrgänge müssen erst mit der Gewerkschaftsarbeit vertraut gemacht werden. Die Leitung der Zentralisationsbestrebungen für die englische Zone liegt in den Händen von Franz Spliedt, Hamburg, Albin Karl, Hannover, und Hans Böckler, Köln. Der erstere war vor 1933 der sozialpolitische Sekretär, der letztere Bezirksleiter des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, Albin Karl der Zentralvorsitzende des Fabrikarbeiterverbandes. In der amerikanischen Zone liegt die Leitung bei Markus Schleicher, Stuttgart, dem früheren zweiten Zentralvorsitzenden des Holzarbeiter-Verbandes, und Gustav Schiefer, München, dem früheren Ortssekretär der Münchener Gewerkschaften. Die französische Zone in Südwürttemberg und Südbaden ist wenig industrialisiert und hatte auch vor 1933 nur eine geringe gewerkschaftliche Bewegung. Die französische Militärregierung in Tübingen hatte bis vor kurzem alle gewerkschaftlichen Bestrebungen unterdrückt. Mit dem Wechsel des Kommandanten ist aber vor einiger Zeit eine Wandlung zum Besseren eingetreten.

Im russischen Okkupationsgebiet verlief die Entwicklung von Anfang an in andern Bahnen als in den anglosächsischen Gebieten. Am 10. Juni 1945 erliess Marschall Schukow eine Verordnung, in der im Gegensatz zur Eisenhowerschen, in der alle politischen Organisationen verboten waren, angeordnet wurde, dass «die Bildung und Tätigkeit aller antifaschistischen Parteien zu erlauben, sei, und weiter hiess es: «Der werktätigen Bevölkerung ist das Recht zur Vereinigung in freien Gewerkschaften und Organisationen zu gewähren.» Natürlicherweise wurden sowohl auf politischem wie auf gewerkschaftlichem Felde die Kommunisten von der Besatzungsmacht stark begünstigt.

Schon vor dem Erlass Schukows hatte sich in Berlin ein achtköpfiger Gewerkschaftsausschuss gebildet, bestehend aus vier Kommunisten, zwei Sozialdemokraten und je einem Vertreter der früheren christlichen und Hirsch-Dunckerschen Gewerkschaften. Diese Zusammensetzung entsprach allerdings in keiner Weise der

Stimmung unter den Berliner Arbeitern. Bei allen freien Wahlen und Abstimmungen, die in dieser Zeit und später in Berliner Grossbetrieben stattfanden, erhielten die sozialdemokratischen Kandidaten die grosse Mehrheit der Stimmen, während die Kommunisten in einer bescheidenen Minderheit blieben. Unter Leitung des genannten Ausschusses wurde am 17. Juni im Berliner Stadthause in einer feierlichen Kundgebung, in Anwesenheit hoher Vertreter der russischen Militärregierung, die Gründung eines «Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes» vollzogen. Gleichzeitig wurde die Gründung von 13 Industrieverbänden und je eines Verbandes für das Personal der öffentlichen Betriebe und Verwaltungen, für kaufmännische Angestellte, für technische Angestellte und Werkmeister und für Bühnenpersonal, Artisten und Musiker proklamiert. Der Einfluss der Kommunisten in der Leitung der Organisation wurde dadurch verstärkt, dass sie die Plätze des Vorsitzenden sowie des Generalsekretärs besetzten.

Der Freie Deutsche Gewerkschaftsbund ist nach dem Prinzip der zentralen Finanzverwaltung konstruiert. Alle Mitgliederbeiträge gehen direkt an die Bundeskasse, von der alle Ausgaben der 17 Verbände und ihrer Untergliederungen bezahlt werden. Ebenso wie der Bund haben auch die Verbände einen Zentralvorstand sowie örtliche und bezirkliche Ausschüsse. Da sie finanziell vollständig von der Bundeskasse abhängig sind, verfügen sie nur über eine sehr beschränkte Selbständigkeit. Während in den Westzonen die «Einheitsgewerkschaft» und die zentralisierte Finanzverwaltung als ein durch die Verhältnisse aufgezwungenes Provisorium angesehen werden kann, darf man annehmen, dass in der Ostzone das eingeführte Organisationssystem, wenigstens von der gegenwärtigen Leitung, als endgültiger Zustand gewünscht wird.

Formell galt auch für die Ostzone das Verbot der Zentralisierung, wonach der «Freie Deutsche Gewerkschaftsbund» auf Berlin beschränkt war. Praktisch aber legten die russischen Militärbehörden dem Berliner Ausschuss keine Hindernisse in den Weg, in der ganzen russischen Zone arbeiten zu können, überall örtliche Organisationen zu begründen und sie seiner Leitung zu unterstellen. Eine nicht geringe Rolle spielte dabei der über die ganze Zone straff zentralisierte kommunistische Parteiapparat.

Gross-Berlin selber ist bekanntlich interalliiert und in vier Besatzungszonen aufgeteilt, über die ein Berliner alliierter Kontrollrat regiert. Hier kam es wiederholt zu Auseinandersetzungen in der Gewerkschaftsfrage. Die Engländer und Amerikaner weigerten sich, die Leitung des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes anzuerkennen, weil sie nicht demokratisch gewählt worden sei. Die Russen hingegen versicherten, dass in ihrer

Zone die Arbeiter nachträglich in den Betrieben abgestimmt und die Gewerkschaftsfunktionäre bestätigt hätten. Dagegen machten die Anglosachsen geltend, dass man den Arbeitern in Betriebsversammlungen fertige Listen vorgelegt hätte, über die sie nur durch Handaufheben abzustimmen gehabt hätten. Im Berliner Kontrollrat kam es in dieser Angelegenheit zu keiner Verständigung. Dann erschienen, im November 1945, die Richtlinien des obersten alliierten Kontrollrates, in denen festgelegt wurde, dass alle Gewerkschaftsleiter von den Mitgliedern in freier Wahl in geheimer und schriftlicher Abstimmung bestimmt werden müssten.

Nun war man genötigt, auch in Berlin solche Wahlen anzusetzen. Sie fanden im Januar 1946 statt, verbunden mit der Wahl von Delegierten zu einem Gewerkschaftskongress für die russische Zone. Die Kommunisten verständigten sich mit den Sozialdemokraten über die Aufstellung gemeinsamer Listen mit einer gleichen Anzahl von Kandidaten für jeden Partner. Damit sollte, so wurde gesagt, der Wille der Massen zur « Arbeitereinheit » demonstriert werden. Unter dieser Devise hat man sich zu einer einheitlichen Wahlpropaganda verpflichtet, mit der Aufforderung an die Arbeiter, die Einheitslisten ohne Abänderung zu wählen. Am Tage vor der Wahl vollzog jedoch die kommunistische Tageszeitung eine plötzliche Schwenkung und behauptete in einem scharfen Artikel, dass viele sozialdemokratische Kandidaten auf den Einheitslisten innerlich Gegner der « Arbeitereinheit » seien. Am Wahltage selbst wurde durch Flüsterpropaganda unter den kommunistischen Anhängern die Parole ausgegeben, die sozialdemokratischen Kandidaten auf den Listen zu streichen. Die alliierten Behörden hatten angeordnet, dass bei den Gewerkschaftswahlen nicht nach politischer Parteizugehörigkeit gewählt werden dürfe, so dass auf den Listen die Parteistellung der einzelnen Kandidaten nicht angegeben war. Man fand aber ein technisches Verfahren, um diese Anordnung zu umgehen: Die Listen wurden so aufgestellt, dass immer abwechselnd ein Sozialdemokrat und ein Kommunist einander folgten, Nr. 1 und alle ungeraden Nummern Sozialdemokraten, Nr. 2 und alle geraden Nummern Kommunisten.

Das Wahlmanöver kam so überraschend, dass für Gegenmassnahmen keine Zeit mehr blieb. Das Gros der sozialdemokratischen Wähler hielt sich an die Anweisung, Streichungen auf der Liste überhaupt nicht oder nur paarweise vorzunehmen, um die « Einheit der Arbeiterklasse » nicht zu stören. Die Kommunisten strichen alle ungeraden Nummern und verschafften dadurch ihren Kandidaten die Mehrheit der Stimmen. Obwohl die Kommunisten mit ihrem Anhang unter den Arbeitern eine Minderheitsstellung einnehmen, bestand der Gewerkschaftskongress zu mehr als zwei Dritteln aus Kommunisten, « gewählt in freier demokratischer Wahl mit schriftlicher Abstimmung ». Alle Beschlüsse und Wahlen auf dem Kongress konnten von der kommunistischen Leitung di-

rigiert werden. Sie hielt es für zweckmässig, die auf dem Kongress zu wählende endgültige Leitung des Bundes aus 14 Kommunisten, 13 Sozialdemokraten und 4 Repräsentanten der Christlich-Demokratischen Union bestehen zu lassen. Auf die absolute Mehrheit im Vorstand konnten die Kommunisten leicht verzichten, da sie alle wichtigen Schlüsselstellungen in der Leitung und Administration des Bundes besetzt halten und sich erforderlichenfalls auf die Besatzungsmacht verlassen können.

Diese Entwicklung in der Ostzone erfüllt die Gewerkschafter in den Westzonen mit grosser Besorgnis. Ihr Ziel ist die baldige Wiederherstellung eines einheitlichen Gewerkschaftsbundes für das ganze Reich. Das ist auch das Ziel des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes in der Ostzone. Aber wie kann die Gemeinschaft hergestellt werden, wenn zwischen beiden Teilen ein solcher Gegensatz klafft? In den Westzonen sind die Gewerkschaften von dem Bewusstsein beherrscht, dass sie die stärkste Stütze für die Demokratisierung Deutschlands sein müssen. Was aber heute in der Ostzone als Demokratie bezeichnet und auch in der Gewerkschaftsbewegung praktiziert wird, das hat wenig gemeinsam mit den in den Westzonen und in den demokratischen Ländern gültigen demokratischen Begriffen.

Eine weitere Sorge sind die sich verschärfenden Gegensätze zwischen der Kommunistischen und der Sozialdemokratischen Partei. Die Methoden, mit denen in der Ostzone die Verschmelzung der Sozialdemokratischen Partei zu einer Einheitspartei mit den Kommunisten herbeigeführt wurde, haben die letzten Hoffnungen auf eine freiwillige Vereinigung in den übrigen Teilen Deutschlands zerschlagen. Zwischen beiden Parteien herrscht Kriegszustand. Wenn die Kommunisten nach ihrer alten Taktik versuchen werden, von unten her in die gegnerische Stellung einzudringen, werden die Gewerkschaften das bevorzugte Manövergelände werden. Doch noch sind das mehr zukünftige als aktuelle Sorgen. Das furchtbare materielle Elend, die allgemeine physische und geistige Erschöpfung infolge des Hungers sowie der Mangel an Lokalen für Versammlungen lassen ein richtiges Organisationsleben vorläufig noch gar nicht hochkommen.

Genaue Angaben über die Gesamtzahl der organisierten Gewerkschaftsmitglieder liegen noch nicht vor. Auch die mit der Vorbereitung der Zentralisierung beschäftigten Funktionäre haben keine vollständige Uebersicht über die Verhältnisse in den einzelnen Orten. Man rechnet für die englische Zone mit einer runden Zahl von 1 200 000, in der amerikanischen Zone dürfte eine Million noch nicht ganz erreicht sein. Der Freie Deutsche Gewerkschaftsbund für die Ostzone gibt seinen Mitgliederbestand mit 2 Millionen an, davon 410 000 in Gross-Berlin. Eine genauere Statistik liegt für Hamburg vor, wo die dort bestehen-

den 13 Verbände im Juni 1946 folgenden Mitgliederbestand auswiesen:

Gesamtverband (Transport und öffentliche Betriebe)	33 843
Metallarbeiterverband	26 639
Angestelltengewerkschaft	26 507
Eisenbahnerverband	14 903
Fabrikarbeiterverband	12 040
Bauarbeiterverband	11 691
Nahrungsmittelarbeiterverband	7 000
Holzarbeiterverband	3 710
Verband für das graphische Gewerbe	2 993
Verband für das Hotel- und Restaurantgewerbe	2 357
Landarbeiterverband	1 989
Tabakarbeiterverband	977
Bekleidungsarbeiterverband	891
Zusammen	145 540

In Kiel zählte man zur gleichen Zeit rund 50 000, in Lübeck 35 000 Gewerkschaftsmitglieder. — Die Zahl der deutschen Einwohner beträgt zurzeit in der britischen Zone 22 Millionen, in der amerikanischen Zone 17,5 Millionen und in der russischen Zone 21 Millionen.

Im ersten Jahre des gewerkschaftlichen Wiederaufbaues sind also in runder Zahl 4 Millionen Mitglieder organisiert worden, was nach den gegebenen Verhältnissen als ein ausserordentlicher Erfolg angesehen werden muss. Das Wirtschaftsleben liegt ja noch vollständig darnieder, nur ein Bruchteil der Bevölkerung hat eine normale Beschäftigung, und die männlichen Arbeitskräfte sind zu einem grossen Teil noch in Kriegsgefangenschaft. Die Industrieanlagen sind zu einem grossen Teil zerstört, aber auch die erhaltengebliebenen sind noch weit von ihrer vollen Ausnutzung entfernt. Nach der von der Besatzungsbehörde herausgegebenen Monatsübersicht für die amerikanische Zone war die Wiederingangsetzung der Industriewirtschaft bis April 1946 noch nicht weitergekommen als bis zu 20% Ausnutzung der vorhandenen Kapazität im Gesamtdurchschnitt. Nur der Kohlenbergbau mit 95% kam der vollen Ausnutzung nahe. Die Lokomotiv-Reparaturwerkstätten waren mit 65%, die Gaswerke mit 58% und die Elektrizitätswerke mit 48% ihrer Kapazität ausgenutzt. Die Baumaterialienindustrie lag mit 20% auf dem Gesamtdurchschnitt, die holzverarbeitende und die Textilindustrie erreichten nur erst 17%, die elektrotechnische Industrie 15%, die stahlerzeugende Industrie 13%, der Industriemaschinenbau 10% und die keramische Industrie gar nur 5%.

In diesen Zahlen kommt auch zum Ausdruck, dass nur erst ein geringer Teil der Arbeiter wieder beruflich oder industriell einen festen Standort bezogen hat. Die meisten sind beschäftigt mit öffentlichen Aufräumungs- oder Notstandsarbeiten. Niemand von

ihnen weiss, ob und wann er wieder in seinem eigentlichen Beruf einen Platz finden oder in welcher Industrie er schliesslich landen wird. Das muss sich natürlich sehr hemmend auf den gewerkschaftlichen Wiederaufbau auswirken.

Ausser unsicheren Wechseln auf die Zukunft können die Gewerkschaften ihren Mitgliedern an sichtbaren Vorteilen noch kaum etwas bieten. Auf die Regelung der Arbeitsverhältnisse können sie noch keinen Einfluss ausüben, dazu geben ihnen auch die Besatzungsmächte keine Freiheit. Für Unterstützungseinrichtungen als Werbemittel fehlen noch die Voraussetzungen. So ist der Beitritt zur Gewerkschaft heute viel mehr als früher das Bekenntnis einer Gesinnung. Gewiss ist es richtig, wie alle Berichte über Deutschland melden, dass über der ganzen Bevölkerung eine dumpfe Apathie liegt. Wie könnte es auch anders sein in dieser dunklen Ruinenwüste des grenzenlosen Elends und Hungers, in die noch kein Lichtstrahl der Hoffnung auf eine bessere Zukunft fällt? Um so bemerkenswerter ist es, dass trotzdem in so kurzer Zeit 4 Millionen Männer und Frauen der Arbeiterschaft ein positives Bekenntnis zur gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung abgelegt haben.

Der Wiederaufbau der deutschen Gewerkschaftsbewegung vollzieht sich unter den denkbar schwierigsten und widrigsten Verhältnissen, auf dem Boden einer zerstörten und ruinierten Wirtschaft, in einer Bevölkerung, die auf einen Lebensstandard heruntergedrückt ist, der das nackte Existenzminimum nicht mehr deckt, und ohne Hoffnung auf ein erträgliches Dasein in absehbarer Zeit. Der Okkupationszustand gibt nur eine beschränkte gewerkschaftliche Freiheit, die tägliche Organisationsarbeit wird oft gedrosselt durch bürokratische Massnahmen von Okkupationsbeamten, die, unsicher und misstrauisch im fremden Lande, verständnislos den gewerkschaftlichen Notwendigkeiten gegenüberstehen.

Die aktiven Gewerkschafter, auf denen die Last der Wiederaufbauarbeit ruht, müssen täglich verzweifelt mit vielen Problemen ringen, von denen fast jedes unlösbar erscheint. Die Organisation, der sie ihre Arbeitskraft zur Verfügung stellen, kann ihnen dafür keine besseren Lebensbedingungen bieten, als der Masse des deutschen Volkes heute erreichbar ist. Bei völlig unzureichender Ernährung, viele unter ihnen ohne menschenwürdige Wohnung und Bekleidung, leisten sie freiwillig eine Arbeit, die auch bei besseren Lebensbedingungen an den Nerven zehren würde. Es gehört viel Idealismus und Opferwilligkeit dazu, diese Last zu tragen, ohne den Mut zu verlieren. Und es gehört dazu ein starker Glaube an den schliesslichen Sieg der Ideen, für die sie kämpfen. Ihre Arbeit ist um so bewundernswerter, als sie geleistet werden muss mit den primitivsten Behelfsmitteln. Es fehlt an allem technischen Material,

das für den Organisationsbetrieb unentbehrlich ist, an Kontorräumen, Papier, Schreibmaschinen, Vervielfältigungsapparaten usw. Schon die Beschaffung eines Bleistiftes kann heute zu einem Problem werden.

Dass in der wiederauferstandenen deutschen Arbeiterbewegung so viel selbstloser Idealismus zutage tritt und dass trotz aller Schwierigkeiten und Hemmungen der Wiederaufbau der deutschen Gewerkschaften in kurzer Zeit schon so weit gediehen ist, das gehört zu den besten positiven Zeichen, die zu der Hoffnung ermuntern, dass im deutschen Volke die Kräfte vorhanden sind, um es aus dem Zusammenbruch in ein neues und besseres Deutschland führen zu können.

Buchbesprechungen

Ernst Schürch. Als die Freiheit in Frage stand. Verlag Herbert Lang, Bern. 46 Seiten. Preis Fr. 1.80.

Diese Erinnerungen aus der Sturmzeit der Schweizer Presse stammen von einem, der mitten drin stand im Sturm jener Zeit, als die Nazis zum Angriff auf die schweizerische Demokratie antraten, als Dummheit, Feigheit und Angst umgingen und zur Leisetreterei mahnten. Als Chefredaktor am « Bund » wusste der Verfasser, um was es ging. Als aufrechter Schweizer achtete ihn auch sein politischer Gegner. Schade nur, dass sein aufschlussreicher Rückblick nicht alle Dinge beim Namen nennt. Dunkel bleibt nach wie vor das Geheimnis seines Rücktrittes, der sicher auch ein Kapitel in dieser Broschüre verdient hätte. *F. H.*

Friedrich Engels. Zur Wohnungsfrage. Literaturvertrieb der PdA. 176 Seiten. Preis Fr. 2.—.

Lohnt sich der Neudruck dieser scharf polemischen Auseinandersetzung Engels aus dem Jahre 1872 mit zwei unklaren Wohnungsreformern? Man muss sagen: Leider ja! Weil wir nämlich keine neuere Schrift haben, die an Hand neuern Materials und ohne den polemischen Ballast der Streitschrift mit der gleichen Klarheit, wie sie Engels eigen ist, dartut, wie trügerisch die Hoffnung auf blosse Reformen innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft ist. Gerade weil inzwischen auf dem Gebiete des Wohnungsbaues an manchen Orten Hervorragendes geleistet worden ist, dürfen wir das Bewusstsein nicht verlieren, dass damit Entscheidendes noch nicht erreicht ist und dass die Gefahr des Abgleitens vom Sozialismus ins Kleinbürgerliche immer noch — oft sogar noch verstärkt — vorhanden ist. Die Lektüre der Engelschen Schrift wirkt nach dieser Richtung klärend auf unsere Einsichten. *F. B.*

Franz Werfel. Zwischen oben und unten. Bermann-Fischer, Stockholm. 368 Seiten.

In drei Vorträgen wendet sich Werfel leidenschaftlich gegen die materialistische Weltanschauung und stellt darüber die von ihr unterdrückte Innerlichkeit. Zwischen diesen beiden Geisteshaltungen, dem Oben und dem Unten, gilt es sich zu entscheiden. Nach einer gründlichen Auseinandersetzung mit dem Atheismus findet er, die seelische Gesundung der Welt sei nur auf dem Wege eines echten Christentums möglich. In den « Theologumena » legt er in geistreichen Sentenzen die Summe seines philosophisch-religiösen Denkens nieder. Als ausgesprochener Individualist mit feinem künstlerischem Empfinden lehnt er jede Art des kollektivistischen Sozialismus ab; denn im Grunde fehlt ihm offenbar der Glaube an die Möglichkeit eines gerechtern Gesellschaftszustandes. Trotzdem wird man das glänzend geschriebene, gedankentiefe Buch, einige schwerverständliche Stellen abgerechnet, mit grossem Gewinn lesen. Arbeiterbibliotheken lässt es sich allerdings in Anbetracht der gelehrten Sprache nicht ohne weiteres empfehlen. *A. U.*